

Einleitung

1996 veröffentlichte der Journalist John Perry Barlow (1947–2018) eine «Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace»: «Wir erschaffen eine Welt, in der jeder Einzelne an jedem Ort seine oder ihre Überzeugungen ausdrücken darf, wie individuell sie auch sind, ohne Angst davor, im Schweigen der Konformität aufgehen zu müssen.»¹ In dieser Erklärung werden einige der politischen Herausforderungen des Web ersichtlich, denen sich der vorliegende Band von «Geschichte und Informatik» widmet. Barlows Ideen aus der «Unabhängigkeitserklärung» sind uns inzwischen vertraut geworden: Das Internet erbringe eine «Zivilisation des Geistes»², «gerechter und humaner», einen grenzenlosen, immateriellen, «globalen sozialen Raum», der Allen offen steht, «ohne Bevorzugung oder Vorurteil bezüglich Rasse, Wohlstand, militärischer Macht und Herkunft». Dieser Raum entziehe sich den gewählten staatlichen Regierungen und entwickle eine eigene Regierungsform «aus der Ethik, dem aufgeklärten Selbstinteresse und dem Gemeinschaftswohl». Vorstellungen des Internets als horizontaler und demokratischer Raum prägten in den vergangenen Jahren Diskussionen über das Tagesgeschehen. Beispielsweise als im Jahr 2011 hunderttausende Personen über zwei Wochen lang den Tahrir-Platz in Kairo besetzten, nachdem sie sich zum Teil dank Webplattformen wie Facebook und Twitter abgesprochen hatten. Als der ägyptische Präsident Husni Mubarak zurücktreten musste, nachdem die ägyptischen Behörden zuvor noch versucht hatten, durch eine Internetsperre der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, schien vielen Beobachtern der Beweis des demokratischen und gar revolutionären Potentials dieser neuen Technologien erbracht.

Diese Imaginationen des Internets entstanden unter anderem aus den Idealen und Hoffnungen seiner ersten Benutzer. Als 1996 die «Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace» verfasst wurde, war das Internet noch in seinen Kinderschuhen³. Für diese Frühzeit haben verschie-

1 Zitate nach der deutschen Übersetzung von Stefan Münker: BARLOW John Perry, «Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace», Telepolis, 29. 2. 1996, <https://www.heise.de/tp/features/Unabhaengigkeitserklaerung-des-Cyberspace-3410887.html> (Stand: 4. 9. 2018). Eine Kopie des Originaltexts kann bei der Electronic Frontier Foundation gelesen werden: BARLOW John Perry, «A Declaration of the Independence of Cyberspace», Electronic Frontier Foundation, 20. 1. 2016 [8. Februar 1996], <https://www.eff.org/cyberspace-independence> (Stand: 8. 8. 2018).

2 In diesem Absatz stammen alle Zitate aus der «Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace».

3 Nach den Statistiken der International Telecommunication Union sind 1996 weniger als 5% der Erwachsenen in der Schweiz, in Deutschland, in Frankreich, in Japan oder im

dene Studien gezeigt, dass die Gegenkultur der amerikanischen Hippies, von denen einige Computer-Netzwerke als neue Chance zur Gründung einer alternativen Gesellschaft auffassten, die Ideen Barlows und anderer Pioniere geprägt haben. Barlow war selbst Teil dieser Gegenkultur: In den 1970er Jahren hatte er Texte für die Psychedelic-Rock-Band *The Grateful Dead* verfasst⁴.

Weitere Einflüsse lassen sich in der Verknüpfung der Hippie-Ideale mit der Berufskultur der ersten mit dem Internet arbeitenden Wissenschaftler erkennen, die von den Ideen der Kybernetik geprägt und der Zusammenarbeit und dem Austausch wohlgesinnt waren⁵. Schliesslich erweiterte sich der Resonanzraum des neuen Netzwerkgedankens in den 1990er Jahren auch auf wirtschaftlich orientierte Kreise, als insbesondere einige US-amerikanische Unternehmen neue, horizontale, netzwerkartige Organisationsformen einführten, die Individualität, Kreativität und Flexibilität der Angestellten bevorzugten⁶. Ausserhalb der USA entstanden trotz anderer gesellschaftlicher Entwicklungen ähnliche Wahrnehmungen des Internets. So misstrauten die frühen Internetbenutzer, Hosts und Webmaster in Frankreich formalen Strukturen und befürworteten eine Regulierung des Internets durch neue Verhaltensformen, die von den Nutzerinnen und Nutzern selber entwickelt und nicht «von oben» verordnet werden sollten⁷.

Diese geläufige Imagination des emanzipatorischen Potentials des Internets wurde bisher kaum analytisch überprüft und wird neuerdings durch jüngere Entwicklungen zunehmend auch in Frage gestellt. Seit Donald Trump im November 2016 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, diskutieren zahlreiche Journalisten und Essayisten darüber, ob und in welcher Form das Internet und insbesondere die sozialen Medien – allen voran Twitter und Facebook – die Demokratie eben nicht stärken, sondern vielmehr gefährden würden. Erstens würden solche Plattformen

Vereinigten Königreich Internetbenutzer. In den USA sind es ca. 16%. «Statistics», *International Telecommunication Union*, <https://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Pages/stat/default.aspx> (Stand: 8. 8. 2018).

- 4 TURNER Fred, *From Counterculture to Cyberculture: Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*, Chicago 2008 [2006]. FLICHY Patrice, *L'imaginaire d'internet*, Paris 2001, 8695. CARDON Dominique, *La démocratie Internet: promesses et limites*, Paris 2010. LOVELUCK Benjamin, *Réseaux, libertés et contrôle: une généalogie politique d'internet*, Paris 2015.
- 5 BARDINI Thierry, *Bootstrapping: Douglas Engelbart, coevolution, and the origins of personal computing*, Stanford 2000, 11, 24–27, 45–53. Die Verbindung von Gegenkultur und wissenschaftlichen Forschungen übersah jedoch, wie viel Letztere den militärischen Überlegungen des kalten Krieges verdankten: EDWARDS Paul N., *The Closed World: Computers and the Politics of Discourse in Cold War America*, Cambridge (Mass.) 1996.
- 6 TURNER (wie Note 4), 262–265, 277–319, 328–333.
- 7 AURAY Nicolas, « L'Olympe de l'internet français et sa conception de la loi civile », *Les Cahiers du numérique*, (2002), 7990, <https://www.cairn.info/revue-les-cahiers-du-numerique-2002-2-page-79.htm> (Stand: 16. 8. 2018).

durch die automatisierte, individuell angepasste Auswahl an Nachrichten den Benutzenden überwiegend Informationen und Meinungen anzeigen, die ihren eigenen Interessen entsprechen. Dadurch würden Benutzende in «Filterblasen»⁸ isoliert, die politische Debatte polarisiert, eine sachliche Diskussion unmöglich gemacht und ein Anwachsen des Extremismus gefördert⁹. Zweitens würde die verstärkte Nutzung sozialer Medien, auf Kosten der klassischen Medien, die Verbreitung von Gerüchten und falschen Nachrichten («fake news») begünstigen, wobei vermutet wird, dass diese Gerüchte teilweise von politischen Gegnern aktiv verbreitet werden¹⁰. Vor diesem Hintergrund würde das Internet nicht mehr unbedingt die Demokratie stärken, sondern sie durch Desinformation gezielt schwächen und es unter anderem auch ausländischen Mächten erlauben, verdeckt in die nationale Debatte einzugreifen.

Die in diesem Band versammelten Artikel betrachten diese politischen Herausforderungen des Internets und des World Wide Web aus verschiedenen Blickwinkeln und Forschungsdisziplinen und bündeln geschichtswissenschaftliche, kommunikationswissenschaftliche, soziologische und politikwissenschaftliche Perspektiven. Sie teilen damit das interdisziplinäre Interesse am Internet und am World Wide Web und tragen zu den sogenannten *Internet Studies* bei. Wichtig hierbei ist, dass der strikte Gegensatz von pessimistischen und optimistischen Ansichten zum Verhältnis zwischen Internet und Demokratie überwunden werden soll¹¹.

In der historischen Langzeitbetrachtung lassen sich zu vielen der oben beschriebenen Wahrnehmungen des Internets als neuer Kommunikationstechnologie historische Parallele ziehen. So hofften Zeitgenossen im 19. Jahrhundert, dass das neue Telegrafennetzwerk das globale Verständnis fördern und damit zum Frieden beitragen würde¹². Die «Adressbüros», die

8 PARISER Eli, *The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You*, New York 2011.

9 Zu diesem Thema ist viel geschrieben worden. Ein Einblick in die Fragen bietet die Diskussion über eine von Facebook veröffentlichte Studie, die diese Kritik entzuckräftigen versuchte. BAKSHY Eytan, MESSING Solomon, ADAMIC Lada A., «Exposure to ideologically diverse news and opinion on Facebook», *Science*, 6239 (2015), 1130–1132, DOI: [10.1126/science.1257531](https://doi.org/10.1126/science.1257531) ; SANDVIG Christian, «The Facebook “It’s Not Our Fault” Study», *Social Media Collective (Microsoft Research labs)*, 7. 5. 2015, <https://socialmediacollective.org/2015/05/07/the-facebook-its-not-our-fault-study/> (Stand: 8. 8. 2018).

10 CHEN Adrian, «The Agency», *The New York Times*, 2. 6. 2015, <https://www.nytimes.com/2015/06/07/magazine/the-agency.html> (Stand: 7. 8. 2018).

11 DUTTON William H., «Internet Studies: The Foundations of a Transformative Field», in: DUTTON William H. (Hg.), *The Oxford Handbook of Internet Studies*, Oxford 2013, 123, DOI: [10.1093/oxfordhb/9780199589074.013.0001](https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199589074.013.0001). LILLEKER Darren G., VEDEL Thierry, «The Internet in Campaigns and Elections», in: DUTTON William H. (Hg.), *The Oxford Handbook of Internet Studies*, 2013, 401–420. FARRELL Henry, «The Consequences of the Internet for Politics», *Annual Review of Political Science*, 1 (2012), 35–52, DOI: [10.1146/annurev-polisci-030810-110815](https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-030810-110815). CAREY James W., «Historical pragmatism and the internet», *New Media & Society*, 4 (2005), 443–455, DOI: [10.1177/1461444805054107](https://doi.org/10.1177/1461444805054107).

12 STANDAGE Tom, *The Victorian Internet: The Remarkable Story of the Telegraph and the Nineteenth Century’s on-Line Pioneers*, New York 1998.

es seit dem 17. Jahrhundert in den grossen europäischen Städten gab, sorgten bereits für Diskussionen über den Schutz personenbezogener Daten¹³. Schon im Ancien Régime waren Gerüchte und falsche Nachrichten in den Medien eine Herausforderung für die Öffentlichkeit¹⁴. Abgesehen von den Betrachtungen solcher Parallelen, hat die historische Forschung über das Web und das Internet seit einigen Jahren an Bedeutung gewonnen und zur Etablierung neuer Zeitschriften sowie zur Publikation von Einführungen und Handbüchern geführt¹⁵. Die Beiträge dieses Bandes bauen auf diese Entwicklungen auf. Sie stellen einerseits das Web in den Vordergrund, da es zur primären Nutzungsform des Internets geworden ist, so dass die Unterschiede dem breiten Publikum kaum mehr bekannt sind. Andererseits betrachten die vorgestellten Forschungen die Aktivitäten im virtuellen Raum in einem breiten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontext. Insgesamt hinterfragen die Artikel damit dankenswerterweise eine grundlegende Wunschvorstellung aus den Anfängen der Netzkultur, nämlich dass die Immaterialität der Online-Identitäten einen radikalen Bruch mit der bestehenden Gesellschaft herbeiführen könnte.

Politisch erscheint das Web in den Artikeln dieses Bandes unter zwei Gesichtspunkten. Zum einen gehört es zu den gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich eine politische Diskussion entfalten kann. Im Web kursieren Informationen über öffentliche Angelegenheiten. Gegensätzliche Vorstellungen des Zusammenlebens stehen sich gegenüber und versuchen zu überzeugen. Zwischen den Zeilen werden hier die Utopien des Web als Ort einer horizontalen und demokratischen Diskussion hinterfragt. In diesem Kontext wird oft auf das Habermas'sche Konzept der «Öffentlichkeit» Bezug genommen¹⁶. Nach Habermas entwickelt sich am Ende des Ancien Régime eine Öffentlichkeit, in der sich private Meinungen als öffentliche

13 TANTNER Anton, *Die ersten Suchmaschinen : Adressbüros, Fragämter, Intelligenz-Comptoirs*, Berlin 2015.

14 LÉVRIER Alexis, «Les fausses morts du Roi-Soleil, ou l'impossible contrôle de l'information», *Le Temps des médias*, 30 (2018), 32–46, DOI: [10.3917/tdm.030.0032](https://doi.org/10.3917/tdm.030.0032) ; DARNTON Robert, «An Early Information Society: News and the Media in Eighteenth-Century Paris», *The American Historical Review*, 1 (2000), 135, DOI: [10.1086/ahr/105.1.1](https://doi.org/10.1086/ahr/105.1.1).

15 BRÜGGER Niels (Hg.), *Web History*, New York 2010 ; BRÜGGER Niels (Hg.), *Web 25: Histories from the First 25 Years of the World Wide Web*, New York 2017 ; GOGGIN Gerard (Hg.), *The Routledge Companion to Global Internet Histories*, New York 2017 ; BRÜGGER Niels u. A., «Introduction: Internet histories», *Internet Histories*, 12 (2017), 17, DOI: [10.1080/24701475.2017.1317128](https://doi.org/10.1080/24701475.2017.1317128) ; Zur Geschichtsschreibung über das Internet, s. SCHAFER Valérie, SERRES Alexandre, *Histories of the Internet and The Web*, [Berne] 2016, DOI: [10.13098/infoclio.ch-lb-0006](https://doi.org/10.13098/infoclio.ch-lb-0006) (Living Books About History).

16 HABERMAS Jürgen, *Strukturwandel der Öffentlichkeit : Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1975 [1962]. Eine Einleitung zum Konzept der «Öffentlichkeit» bietet PAQUOT Thierry, *L'espace public*, Paris 2009. Für einen geschichtswissenschaftlichen Standpunkt siehe: BOUCHERON Patrick, OFFENSTADT Nicolas, «Introduction générale : une histoire de l'échange politique au Moyen Âge», in: *L'espace public au Moyen Âge*, 2011, 121, <https://www.cairn.info/l-espace-public-au-moyen-age-9782130573579-page-1.htm> (Stand 21. 8. 2018).

Meinungen gegenüberstehen, unabhängig vom und möglicherweise auch gegen den Staat. Eine Bildungsschicht pflegt in diesem Rahmen einen öffentlichen Gebrauch des Verstandes und dieses «öffentliche Raisonement der Privatleute» kann als eine «Ermittlung des zugleich Richtigen und Rechten» verstanden werden. Es kann dementsprechend gefragt werden, ob das Web als Aushandlungsraum einen solchen «öffentlichen Gebrauch des Verstandes» zulässt, oder ob es zu den Massenmedien des 20. Jahrhunderts zu zählen ist, bei denen Habermas das Aufkommen einer Unterhaltungskultur auf Kosten einer aufgeklärten Diskussion erkannte. Zum anderen erscheint das Web als Objekt staatlicher Tätigkeit. Im Zentrum steht hierbei, geltendes Recht, beispielsweise das Straf- und Zivilrecht, auf eine neue Technologie anzupassen und weiterzuentwickeln. Gegebenenfalls können staatliche Regulationen auch dazu genutzt werden, Aktivitäten zu vermeiden, die gegebene Machtstrukturen hinterfragen würden.

Die erste Dimension, nämlich das Web als Raum der politischen Information und Diskussion, ist ein wichtiges verbindendes Element aller Artikel. Der Beitrag von Anaïs Théviot untersucht, wie die politischen Parteien in Frankreich das Web ab den 2000er Jahren nutzten, um ihre Kommunikation zu organisieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Ihre Studie hebt dabei zwei Themen hervor, die für die zwei untersuchten Parteien, die Sozialistische Partei (*Parti socialiste*, PS) und die Mitte-Rechtspartei *Union pour un mouvement populaire* (UMP), von zentraler Bedeutung waren. Einerseits ging es den Parteien darum, als «modern» und «innovativ» wahrgenommen zu werden, obwohl sie mit technischen Aspekten nicht immer umfassend vertraut waren. Andererseits war die Digitalisierung der Parteien eng mit internen Machtkämpfen verbunden. Die Kandidaten, die sich für diese neue Form der Mitgliederwerbung einsetzten, gingen davon aus, dass sie auf diese Weise auch die Stimmen der neuen, noch nicht fest in Parteistrukturen verankerten, Mitglieder gewinnen könnten.

Der Beitrag von Anna Jobin, Olivier Glassey, Stéphanie Prezioso und Frederic Kaplan kombiniert zwei Aspekte, nämlich das öffentliche und politische Gedenken und Erwähnen von Geschichte und den Einfluss auf den Zugriff auf Online-Informationen im Kontext gegebener technischer Infrastrukturen, im konkreten Fall die Suchvorschläge, die Google aufgrund der ersten eingegebenen Worten dem User anzeigt. Hierfür haben die Autoren während des Jahres 2014 einen grösseren Korpus solcher Vorschläge gesammelt, die für Suchanfragen zum Ersten Weltkrieg gemacht wurden. Nach den Ergebnissen der Autorinnen und Autoren bevorzugt Google jüngste und aktuelle Fragen: Breitenwirksame Kulturgüter, etwa eine Fernseh-Dokuserie, drängen andere Inhalte in den Hintergrund.

Gemeinsam betrachtet relativieren diese beiden Artikel die Idee des Web als «Öffentlichkeit» im Habermas'schen Sinne und widerlegen

damit auch die Utopien der frühen Internetbenutzer. Die Artikel zeigen, wie das Web von bestehenden politischen Strukturen in Anspruch genommen wird und darüber hinaus Unterhaltung und Kulturkonsum einen wichtigen Platz einnehmen. Trotzdem lassen sich die mit dem Netz verbundenen Idealvorstellungen und ihre Auswirkungen auch in der Praxis erkennen. Wie Anaïs Théviot in ihrem Beitrag zeigen kann, scheiterten die Social-Media-Plattformen, die die französischen Parteien 2012 gründeten, unter anderem aus dem Grund, dass sie zu vertikal gedacht und mit den Werten des Informationsaustausches und der individuellen Kreativität, die den jüngeren online-tätigen Parteimitgliedern wichtig waren, unvereinbar waren.

Die beiden anderen Artikel des Dossiers fokussieren auf die zweite genannte politische Dimension, nämlich das Web als Objekt der staatlichen Aktion. Valérie Schafer untersucht die Versuche der Internet-Regulierung in den 1990er Jahren in Frankreich. Vor allem ab 1996 versuchten Politik und Justiz die Online-Zirkulation bestimmter illegaler Diskurse und Bilder einzudämmen: kinderpornographische Inhalte, Anstiftung zu Rassenhass oder Verletzungen der Persönlichkeit – etwa unerlaubte Veröffentlichung von Nacktfotos oder pornographischen Inhalten. Serviceanbieter sind in diesem Kontext zentral: Internet-Provider und Web-Hoster wurden verklagt, weil sie illegales Material übertragen oder gehostet hatten. Schafer zeichnet die schwierige Suche nach einer gemeinsamen Lösung nach: Während Internetvermittler behaupteten, dass sie Inhalte weiterleiten, die sie nicht kontrollieren können, und zur Schaffung von Verhaltenskodizes aufriefen, versuchten andere Vorstöße, die Provider verantwortlich zu machen und sie zur Zensur illegaler Bilder und Diskurse zu zwingen.

Gianluigi Negro zeichnet die Strategien der chinesischen Regierung nach, die versucht das Web zu regulieren und «einer harmonischen Gesellschaft zuwiderlaufende Diskurse» einzuschränken. Dieses Konzept bezeichnet sowohl gefährliche Diskurse, die etwa einen ethnisch, rassistisch oder religiös motivierten Hass schüren, als auch Äusserungen, die die regierende Partei oder Informationen aus den offiziellen Medien in Frage stellen. Negro untersucht drei Strategien der chinesischen Behörden. Bei der ersten geht es darum, die Benutzung von Pseudonymen auf Social Media zu beschränken, insbesondere auf der sehr beliebten Plattform Sina Weibo. Die zweite Strategie zielt darauf ab, auf Sina Weibo die Unterhaltung auf Kosten der Information zu fördern und von Videospiele inspirierte Mechanismen einzubauen, bei denen Nutzer durch entsprechendes Verhalten virtuelle Punkte gewinnen oder verlieren können. Drittens entlohnt die chinesische Regierung Internetnutzende, oft Studierende, dafür, dass sie linientreue Kommentare hinterlassen. Der Artikel ordnet diese Strategien historisch ein und legt dar, dass diese unter anderem auf Konzepten basieren, die

1989 gegen den Aufstand auf dem Tian'anmen-Platz entwickelt wurden. Negro zeigt auf, dass die Strategien zum Teil widersprüchlich sind, betont aber auch, dass sie nicht nur als eine spezifisch chinesische Frage aufgefasst werden können: Die Frage der Kontrolle des Internets ist für viele Regierungen von Interesse.

Die Artikel des Dossiers ermöglichen somit eine differenzierte Sicht auf das Web als öffentlichen Raum. Die politischen Hauptherausforderungen begleiten das Web seit den Anfängen, sei es die Meinungsfreiheit, der Schutz der Privatsphäre oder die Qualität der Informationen. Die Möglichkeit, das Web als Ort der politischen Debatte zu nutzen ist dabei unbestritten. Dabei scheint ein gewisses Potenzial zur Emanzipation tatsächlich vorhanden zu sein, beispielsweise dadurch, dass Gruppen sich engagieren und sich absprechen können. Dies wird auch durch die Aufmerksamkeit bewiesen, die die chinesischen Behörden Online-Gerüchten schenken. Dieses Potenzial scheint jedoch sehr labil und vom Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren abhängig. Die Online-Diskussion kontrollieren zu wollen genügt dabei jedoch nicht, was zum Beispiel die französischen politischen Parteien lernen mussten. Die Artikel zeigen zudem die Vielzahl der agierenden sozialen Kräfte auf. Ausser durch Zensur wird das Web als mögliche «Öffentlichkeit» auch einfach durch die schiere Anzahl an zur Verfügung stehenden Informationen eingeschränkt, die zusätzlich in Konkurrenz stehen zu anderen Konsum- und Unterhaltungsformen im Web. Schliesslich sind das Web und das Internet keine virtuell-immateriellen, von der real-materiellen Welt getrennten Orte. Wie bereits dargelegt: Wenn politische Gruppen, nachdem sie im virtuellen Raum diskutiert und sich organisiert haben, auf die Strasse gehen, werden sie möglicherweise im *real life* mit Tränengas empfangen.

Neben den Diskussionen über die politischen Herausforderungen des Web enthält der vorliegende Band auch einen Artikel zur Nutzung von Personal Computern in den 1980er Jahren in Griechenland. Theodore Lekkas und Aristotle Tympas erforschen die «Computer Clubs», Vereine, in denen Computernutzer Wissen, Erfahrungen und Software austauschten und damit noch vor der Etablierung des Webs eigene analoge Foren schafften, um sich über die neuen digitalen Technologien auszutauschen. Die Verfasser greifen Überlegungen aus der Techniksoziologie und Technikgeschichte auf und stellen die Benutzung und die User in den Mittelpunkt. Der Artikel unterstreicht die entscheidende Rolle der «Computer Clubs» für die Entwicklung der Mikroinformatik in Griechenland, beim gleichzeitigen Fehlen eines offiziellen Bildungsangebot, einer staatlichen Förderung oder einer Unterstützung seitens der Hersteller. Indem sie Wissen über die allgemeine Nutzung des Computers vermittelten, Programmierkenntnisse weitergaben und einen erleichterten Zugang zu Material und Software

anboten, haben die «Computer Clubs» die Mikroinformatik begleitet und dem griechischen Kontext angepasst.

Schliesslich führt dieser Band eine neue Rubrik unter dem Titel «Laborberichte» ein, die laufende Projekte aus der Schweiz vorstellen soll, die Informatik und Geschichtswissenschaften verbinden. In diesem Band porträtiert Tobias Hodel, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Staatsarchiv Zürich, das von der Europäischen Union geförderte Projekt READ. Dieses hat zum Ziel, Systeme zur automatischen Transkription handschriftlicher Dokumente zu entwickeln und damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung von Digitalisierungsprozessen zu leisten. Der Artikel stellt die technischen Herausforderungen und Herangehensweisen vor, namentlich die Nutzung des *machine learning*, und betont die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Forschungs- und Gedächtnisinstitutionen, insbesondere Archive. *Geschichte und Informatik* ist froh, dass dieses vielversprechende Projekt, das bereits schöne Ergebnisse vorweisen kann, diese neue Rubrik eröffnet.